

# INSM-Position

## Mehr Gerechtigkeit durch Bildung

Gute Ingenieure, starke Forschung, ausgeklügelte Produkte. So wird Deutschlands Wirtschaft oft von der Außenwelt gesehen. Statt selbst in die kostenintensive Forschung zu investieren, kauft so manches ausländische Unternehmen lieber deutsche Patente und Lizenzen. Doch Experten warnen, dass dieser Vorsprung deutscher Ingenieurskunst bald dahin ist, wenn die Politik das Thema Bildung nicht massiver in den Vordergrund rückt. Schon jetzt ist der Fachkräftemangel in den hochqualifizierten Berufen so groß, dass wir unser international anerkanntes Niveau in der Hochtechnologie ohne eine grundlegende Bildungsreform nicht werden halten können.

Eine solche Reform ist aber nicht nur aus Wettbewerbsgründen geboten: Bildung ist für eine gerechte Gesellschaft grundlegend. Erst wenn jeder in unserer Gesellschaft dieselben Bildungschancen hat, sind die Möglichkeiten zur Teilhabe am Wohlstand durch die optimale Entwicklung und Nutzung der eigenen Fähigkeiten gerecht verteilt.

Damit niemand in unserer Gesellschaft zurückbleibt, muss jeder die gleichen Start- und Entwicklungschancen im Bildungssystem haben. Die Realität in Deutschland ist von einer solchen Bildungsgerechtigkeit jedoch noch ein gutes Stück entfernt. So haben es Kinder aus Zuwandererfamilien oder sozial schwierigen Verhältnissen deutlich schwerer als andere, einen Schul- oder Hochschulabschluss zu erreichen. Gerade einmal 14 Prozent der Kinder von Eltern, die selbst höchstens einen Hauptschulabschluss haben, besuchen laut einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung ein Gymnasium. Dabei wären laut Studie mindestens doppelt so viele Kinder dafür begabt genug.

Die Weichen für eine Bildungskarriere werden schon früh gestellt. Einrichtungen für frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung sind wichtige Institutionen, die Begabungen schon vor Schuleintritt zu fördern und so mehr Chancengleichheit zu erzielen. Während in Dänemark im Jahr 2008 mehr als zwei Drittel der unter 3-Jährigen eine solche Einrichtung besuchten, waren es in Deutschland 2010 gerade einmal 23 Prozent. Die Betreuungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund liegt noch deutlich unter diesem Wert. Dabei ist gerade für sie das früh-

zeitige Erlernen der deutschen Sprache wichtig für die spätere Schulkarriere. Auch Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern profitieren von einer frühkindlichen Sprachförderung. Selbst wenn sie Kindertagesstätten besuchen, gibt es in Deutschland im internationalen Vergleich zu wenig akademisch ausgebildetes Personal, das geeignete pädagogische Sprachförderungskonzepte umsetzen könnte.

Nicht nur der Übergang von der vorschulischen Bildungseinrichtung in die Schule ist für zu viele Kinder mit Schwierigkeiten verbunden. Sie werden bei uns zu einem Zeitpunkt auf die unterschiedlichen Zweige der Sekundarstufe aufgeteilt, zu dem sich ihre Fähigkeiten oft noch nicht eindeutig abzeichnen. Die Entscheidung, wann das Kind reif für eine weiterführende Schule ist, sollte den Eltern überlassen werden. In Grundschulen mit flexibilisierter Dauer ist das in Deutschland bereits vereinzelt möglich: So können Eltern in Berlin wählen, ob ihr Kind nach dem vierten oder sechsten Schuljahr in die Sekundarstufe wechselt. Die Differenzierung in Gymnasium, Realschule und Hauptschule ist richtig, da die Kinder so leistungsgerecht gefördert werden können. Gerade bei der individuellen Förderung gibt es noch viel zu tun. Und sie sollte auch in Bezug auf die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen intensiviert werden: Einmal einem ungeeigneten Zweig zugeteilt, ist der Wechsel zwischen Gymnasium, Haupt- und Realschule schwierig. Wenn überhaupt ein Wechsel stattfindet, ist es laut dem Berlin-Institut für Bevölkerung in vier von fünf Fällen ein Abstieg. Die Vorstellung, dass die eigene Anstrengung für mehr Leistung mit Aufstiegsmöglichkeiten belohnt wird, kann sich so kaum entwickeln.

Insgesamt liegen die Bildungsausgaben in Deutschland im Vergleich der OECD-Länder mit einem Anteil von 5,2 Prozent am Bruttoinlandsprodukt (2009) unter dem Durchschnitt. Dass die Pro-Kopf-Ausgaben wiederum leicht über dem OECD-Durchschnitt liegen, hat seine Ursache darin, dass hier vergleichsweise wenig Kinder und Jugendliche leben. Gerade dieser Nachwuchsmangel macht Investitionen in die Bildung der jungen, aber auch in die Weiterbildung der erwerbstätigen Generationen so wichtig. Doch Geld ist nicht alles: Maßnahmen, die die Qualität und Effizienz des Bildungssystems erhöhen, sind oft ohne zusätzliche Ausgabe möglich.

Die Mängel zeigen, dass unser Bildungssystem derzeit den Ansprüchen der Sozialen Marktwirtschaft nicht gerecht wird. Denn diese beruht unter anderem auf dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit, nach dem jeder in dem Maße am Wohlstand der Gesellschaft teilhat, in dem er durch eigene Leistung dazu beiträgt. Da aber durch die beschriebenen Defizite bei der Bildungsgerechtigkeit nicht allen die gleichen Chancen zur Entwicklung ihrer Leistungsfähigkeit gegeben sind, haben sich Ungerechtigkeiten verfestigt, denen die Politik entschlossen begegnen muss. Und zwar nicht wie bisher mit teurer nachsorgender Sozialpolitik, sondern mit einer vorsorgenden Politik für Bildung und Qualifikation.

## In diesen Bereichen sieht die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft dringenden Handlungsbedarf:

- Individuelle Förderung ab Beginn der Bildungskarriere, vor allem von Kindern aus Zuwandererfamilien und sozial schwachen Elternhäusern
- Förderung der akademischen Qualifizierung künftiger sowie intensive Fortbildung der berufstätigen Erzieherinnen und Erzieher
- Gezielte Vorbereitung auf die Schulkarriere durch verbesserte Sprachförderung und Bildungspläne im Kindergarten
- Verbesserung der Grundbildung von Schülerinnen und Schülern durch ein verpflichtendes Vorschuljahr und einen Ausbau der Ganztagschulen
- Bildungsinvestitionen besser verteilen: Wo mehr Geld für frühkindliche Bildung und Schulen investiert wird, sind Studiengebühren ein wichtiger Pfeiler der Bildungsfinanzierung. Denn Studiengebühren verbessern die Studienbedingungen und damit auch die Rendite, die Hochschulabsolventen später im Beruf mit ihrer Qualifizierung erzielen
- Verbesserte Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern in der Aus- und Weiterbildung sowie qualitätsorientierte Evaluierung
- Leistungsorientierte Bezahlung und Abschaffung der Verbeamtung von Lehrerinnen und Lehrern, mehr Entscheidungsbefugnisse für die Schulleitungen
- Höhere Durchlässigkeit sowohl zwischen den Schulzweigen der Sekundarstufe als auch zwischen den Bildungssystemen der einzelnen Bundesländer. Föderalismus darf weder Qualitätsunterschiede produzieren noch die Mobilität von Familien behindern
- Stärkung der Durchlässigkeit auch zwischen der beruflichen und der akademischen Ausbildung u. a. durch berufs begleitende Studiengänge

## Impressum

**Herausgeber:** INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH, Georgenstraße 22, 10117 Berlin  
**Geschäftsführer:** Hubertus Pellengahr  
**Ansprechpartner:** Julia Saalman  
**Grafische Gestaltung:** Serviceplan Berlin GmbH

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

Stand: 30. April 2013

## Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

Georgenstraße 22 · 10117 Berlin  
T 030 27877-171 · F 030 27877-181

[insm.de/Gerechtigkeit](http://insm.de/Gerechtigkeit) [facebook.com/Marktwirtschaft](https://facebook.com/Marktwirtschaft)

INITIATIVE  
NEUE SOZIALE  
MARKTWIRTSCHAFT